



Sozialdemokratische Gemeinschaft
für Kommunalpolitik in der
Bundesrepublik Deutschland e.V.

„Zukunft der öffentlichen Daseinsvorsorge“

**Rede
des Präsidenten des Deutschen Städtetages,
Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München,
Christian Ude,**

**auf der Delegiertenversammlung der Bundes-SGK
am Freitag, dem 17. März 2006, in Hannover**

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich halte das Thema kommunale Daseinsvorsorge nicht nur für eine Frage von Nuancen europäischer Rechtsprechung oder Gremienarbeit, sondern für ein zentrales gesellschaftspolitisches Thema, bei dem zur Zeit nach meinem Eindruck in Deutschland sehr viel Porzellan zerschlagen wird. Deswegen möchte ich es auch als zentrales gesellschaftspolitisches Thema angehen. Wir sollten nicht nur warten, was an europäischen Eingebungen auf uns hernieder kommt, sondern wir sollten unsere Position deutlich beschreiben und uns auch mit anderen Positionen – ich finde, offensiver als bisher – auseinandersetzen.

Ich möchte zwei Fragen voranstellen.

Erste Frage: Wollen wir wirklich weniger Stadt?

Das ist ja bei allen Fragen der kommunalen Daseinsvorsorge immer die Unterstellung, es wäre gut, wenn die Städte, die sich angeblich krakenartig viel zu sehr verbreitet haben, endlich ihre Krakenarme aus vielen Bereichen zurückziehen, wo sie gar nichts verloren haben, wenn die Städte sich endlich verschlanken und auf die Kernkompetenz – also wahrscheinlich Feuerwehr und Stadtplanung – zurückziehen.

In der Begegnung mit der real existierenden Bürgerschaft, die man nicht nur in den Wirtschaftsteilen der Zeitungen suchen darf, kommt diese Forderung nach weniger Stadt überhaupt nie vor. Ich kenne ganz im Gegenteil – und da ist völlig egal, wie konservativ das Publikum vor Ort ist – nur Wünsche nach mehr Stadt. Mehr Stadt wollen die Leute, wenn sie mehr Interventionen gegen Sicherheitsrisiken wünschen, wenn sie mehr Kinderbetreuung verlangen, wenn sie mehr Personal für Krippen, Kindergärten und Horte wünschen, mehr Lehrpersonal an kommunalen Schulen, bessere Pflege in städtischen Kliniken, mehr Angebote der Freizeitgestaltung, der Seniorenbetreuung, mehr kommunale Nahverkehrsangebote, damit es komfortabler wird; das ist doch die Realität, mit der wir tagtäglich zu tun haben. Seit einigen Wochen füge ich noch hinzu: Die Menschen wollen auch noch mehr Winterdienst und mehr Straßenreinigung und mehr Müllabfuhr, als wir zu bieten in der Lage sind.

Aber nie begegnet mir in der Bürgerschaft die Forderung, die Stadt möge sich aus dem Wohnungsbesitz, aus der Müllentsorgung, aus der Kinderbetreuung zurückziehen, das wäre schon ein Wert an sich, dass die Kommune sich beschränkt, sich zurückzieht.

Ich glaube, dass wir das so deutlich und plump, wie ich es eben getan habe, sagen müssen, weil in der Fernsehdebatte, in Talkshows, in Wirtschaftsredaktionsseiten immer mitschwingt, dass – wo die Kommune sich zurückzieht und beschränkt – das weise und unternehmerisch ist. Und wo sie ihre Position behauptet, ist das angeblich Betonkopfdanken.

Zweite Frage: Ist dies eine ideologische Frage?

Dieser Vorwurf schwingt ständig mit. Wer an der kommunalen Daseinsvorsorge festhalten will, gehe das Thema ideologisch an. Angeblich ist es immer ideologiefrei, wenn man der Privatisierung des Wort redet. Ich möchte den Spieß umdrehen und sagen: Wenn wir für jede Kommune das Recht fordern, dass sie selber entscheidet, wie es Matthias Platzeck heute fabelhaft gesagt hat, dass sie aufgrund der Kenntnis der Verhältnisse vor Ort entscheidet, in welcher Art und Weise sie eine Aufgabe wahrnehmen will – und das kann mal die private Lösung sein, mal eine Public Private Partnership, mal ein Zweckverband und mal ein Eigenunternehmen der Kommune –, dann ist das genau sachgerecht und differenziert und realitätsnah, während diese Formel, *Privatisierung sei immer besser, billiger*, pure Ideologie und durch die Realität längst widerlegt ist.

Wir kommen ja in allen Städten zu differenzierten Lösungen. Selbst in München wollen wir den Flughafenanteil durchaus privatisieren, wenn es wirtschaftlich Sinn macht, weil das, nachdem der Ausbau des Airports abgeschlossen ist, nicht zum kommunalen Kerngeschäft gehört. Wir haben auch wie andere Städte die Anteile an der Deutschen-Städte-Medien veräußert und wir wären liebend gerne

bereit, ein Varieté-Theater, das auch nicht zum Kernbereich der kommunalen Daseinsvorsorge gehört, zu veräußern, wenn es nur einen Kaufinteressenten gäbe. Also keine ideologischen Scheuklappen!

Ich verstehe durchaus, dass andere Städte z.B. vom Investitionsbedarf im Bäderbereich oder im Entwässerungsbereich überfordert sind und sagen, ohne einen privaten Partner schaffen wir das überhaupt nicht. Also gerne diese Bereitschaft zu differenzierten Lösungen vor Ort, aber kein ideologisches Schönreden von jedweder Privatisierung, wo immer sie stattfindet oder erzwungen wird.

Nun komme ich, weil es das aktuellste Schlagwort ist, auf Dresden. Ich halte das schon für hochbedenklich, was dort passiert. Damit meine ich vor allem die bundesweite Diskussion, die im Anschluss an die Dresdner Verkaufsentscheidung stattgefunden hat. Wieder hieß es in vielen Wirtschaftsteilen und nicht nur im Handelsblatt und der Financial Times und der FAZ, sondern in sehr vielen Publikationen: *Na bitte, da habt ihr doch die Lösung! Schluss mit dem Gejammer über kommunale Finanznot! Verkauft, was ihr habt und schon seid ihr schuldenfrei.* Das ist für mich das zentrale Problem bei Dresden, nicht was eine Stadt in ihrer Finanznot getan hat und vor Ort rechtfertigen muss und auf lange Sicht noch lernen wird, sondern was hier an Heilslehre marktradikaler Art verkündet wird: *Die Kommunen müssen mit ihrer Finanzausstattung zufrieden sein, können es auch, weil sie ja nur die Wohnungsbestände und die Stadtwerke und – bald wird man sagen – die Sparkassen verkaufen müssen und schon sind – Hopplahopp und Hokuspokus – die Schulden weggelegt.* Dass das im Ernst vorgetragen wird, ist eine Zumutung, Genossinnen und Genossen.

Dabei beherzige ich gerne ein bayerisches Sprichwort, das für norddeutsche Ohren vielleicht zu grob ist, aber so sind wir nun einmal. Es heißt: *Mit vollen Hosen ist leicht stinken.* Natürlich kann eine Stadt, die nicht in letzter finanzieller Bedrängnis ist, ihre Wohnungsbestände, ihre Stadtwerke leichter behalten als eine Stadt, die wirklich nicht mehr ein und aus weiß. Deswegen sollen wir auch nicht übereinander herfallen, sondern Entscheidungen, die in kommunaler Selbstverwaltung getroffen werden, durchaus respektieren. Aber gegen die Propagierung einer Heilslehre, dass man hier ein Patentrezept gefunden habe, um die kommunale Finanznot in Wohlgefallen aufzulösen, müssen wir uns wehren.

Ich habe selber aus Unkenntnis mal die Auffassung vertreten, städtischer Wohnungsbesitz sei eigentlich nur wichtig in Städten mit Wohnungsbedarf, in Wachstumsregionen, weil dort natürlich die Mieterschaft besonders geschützt werden muss und weil dort die Gefahr von Mieterhöhungswellen und aufgezwungenen Sanierungen und möglichen Umwandlungswellen besonders groß ist. Das ist auch richtig. Deswegen gibt es in keiner Wachstumsregion eine öffentliche Debatte unter Volksparteien, ob man den Wohnungsbestand privatisieren sollte, weil sich das von selbst verbietet. Die Mieterschaft, nicht nur der öffentlichen Wohnungen, sondern insgesamt, erwartet, dass die Städte ihre Rolle als wohnungspolitischer Akteur wahrnehmen und nicht an der Garderobe abgeben.

Aber ich habe dazu gelernt, dass es vollkommen falsch ist zu glauben, in schrumpfenden Städten könne man ohne Weiteres auf öffentlichen Wohnungsbesitz verzichten, weil es ja dort einen Mietermarkt gibt, was stimmt. Ich fürchte zwar bei Verkäufen in strukturschwachen Gebieten nicht, dass es explosionsartige Mietanstiege gibt. Woher sollten die kommen? Die Vereinbarungen werden sicherlich auch längere Zeit eingehalten. Aber dort haben wir ein ganz anderes Problem. Der Stadtumbau steht auf dem Programm. Ich denke, dass ein geordneter stadtentwicklungspolitisch gestalteter Stadtumbau – auch im Sinne eines Rückbaus – nur möglich ist, wenn eine öffentliche Wohnungsbaugesellschaft möglichst große Areale nach den Wünschen der Kommunalpolitik gestalten kann und wenn wir keinen Fleckerl-Teppich von privaten Besitzverhältnissen haben, wo überhaupt keine steuernde und lenkende Entscheidung mehr durchgesetzt werden kann.

Es geht hier nicht um den Schutz der Mieter vor sprunghaftem Mietanstieg. Es geht um die Planbarkeit des Stadtumbaus, der auf dem Programm steht. Deshalb sollte man auch in strukturschwachen Gebieten zur öffentlichen Wohnungswirtschaft stehen und sie nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.

Im Übrigen sollten wir uns dagegen verwahren, dass man strukturelle Defizite, wie sie z.B. in den 23 Milliarden Kassenkrediten der deutschen Kommunen zum Ausdruck kommen, durch einmalige Verkäufe beheben kann. Das klingt so wunderbar – *Dresden schuldenfrei*. Aber in Wahrheit ist ein Haushaltsjahr schuldenfrei gestaltet worden, aber es wird Jahrzehnte geben ohne wohnungspolitisches Instrumentarium.

Noch krasser ist es, Genossinnen und Genossen, wenn wir Energieunternehmen anschauen. Da haben wir in München nun wunderbare Vergleichsmöglichkeiten. Der Freistaat Bayern hat die Bayernwerke, einstmals Deutschlands drittgrößter Energieversorger, einfach verscherbelt, um ein paar Jahre lang – dieses ist das unwiderruflich allerletzte – ein Feuerwerk mit Privatisierungserlösen abfackeln zu können. Aber damit ist jetzt Schluss. Früher haben die Bayernwerke jahrzehntelang dreistellige Millionenbeträge als Gewinn abgeworfen, schon umgerechnet in Euro. Das wird es nie mehr geben. Modellversuche mit erneuerbaren Energien in öffentlicher Verantwortung wird es im Freistaat nie mehr geben. Das ist aus und vorbei. Und Konzernentscheidungen werden – allen anderen Zusagen zum Trotz – weit weg von München gefällt.

Die Stadtwerke München haben wir im öffentlichen Besitz gehalten. Sie bringen hohe zweistellige oder dreistellige Millionenbeträge Gewinn jedes Jahr, den sie an die Stadtkasse abführen. Sie sind mit der Stadtparkasse einer der größten Gewerbesteuerzahler, die überhaupt nicht dran denken, in einem Konzernverbund Verrechnungsmöglichkeiten zu finden, um die Gebietskörperschaft austricksen zu können. Und sie tragen, bevor sie den Gewinn abführen, das Defizit des Öffentlichen Personennahverkehrs, so dass wir ohne sie sehr viel höhere, völlig unvermittelbare Nahverkehrspreise hätten. So ein Trumpf darf man doch nicht aufgeben, nur um ein, zwei Jahre lang Haushaltslöcher zu stopfen.

Zum Wettbewerb, den wir im Energiebereich haben, möchte ich nur eine Forderung unterstreichen, weil die auch von der europäischen Ebene meiner Meinung nach aufgegriffen werden muss: Es kann nicht sein, dass uns einerseits der Wettbewerb mit multinational agierenden Konzernen aufgezwungen wird, der nun einmal Realität ist und dem wir uns gerne stellen, wir aber als kommunale Unternehmen auf der anderen Seite gehindert werden, auch nur Ortsgrenzen zu den Nachbargemeinden durch Kooperationsmodelle zu überwinden. Das macht keinen Sinn, dem Schwimmer erst Hand- und Fußschellen anzulegen und ihn dann ins kalte Wasser des Wettbewerbs zu werfen und zu sagen, *nun zeig mal, dass du genauso schnell schwimmst wie multinationale Konzerne*, die übrigens jahrelang auch noch ihre Kriegskasse auffüllen konnten.

Jetzt haben wir das Thema Wettbewerb im Verkehr. Da können wir – glaube ich – sehr entspannt sein, da im Verhältnis zu früheren Entwürfen das jetzige Monti-Paket viel Erleichterung verschafft hat. Es wird wohl die Möglichkeit des „Inhouse-Geschäftes“ geben. Es gibt die marktorientierte Direktvergabe und überall dort, wo es gewünscht wird, die Ausschreibung. Aber ganz zufrieden können wir mit dem aktuellen Stand der Überlegungen noch nicht sein. Denn das Inhouse-Geschäft soll nur möglich sein, wenn das Unternehmen der Stadt zu 100 % in öffentlichem Besitz ist. Das steht ja nun auch in einem bizarren Gegensatz zu der Erwartung, wir mögen doch modern und weltläufig sein und private Partner mit ins Boot nehmen, strategische Partnerschaften eingehen, nicht dogmatisch an öffentlichen Strukturen festhalten.

Also, wie hätten sie es denn nun gerne? Sollen wir uns für private Partner öffnen, strategische Partnerschaften eingehen oder nicht? Wenn ja, dürfen die nicht so diskriminiert werden, dass sie keine Überlebenschance im Nahverkehr der Zukunft mehr haben.

Aber beim Verkehr will ich auch ein ganz unbequemes Wort sagen, das mir nach über 30 Jahren Gewerkschaftsmitgliedschaft schwer fällt. Aber ich muss es sagen. Zur Verteidigung der kommunalen Daseinsvorsorge im Bereich des Öffentlichen Nahverkehrs gehört unverzichtbar dazu, dass wir binnen weniger Jahre, die uns noch verbleiben, in privaten Verkehrsunternehmen und öffentlichen Verkehrsunternehmen zu sehr ähnlichen und vergleichbaren Lohnkosten kommen. Das muss sein. Ich würde nie behaupten, dass ein Busfahrer zuviel verdient – ich weiß, wie jämmerlich wenig das ist im Verhältnis zu einem aufreibenden Job. Die Angleichung kann ja auch geschehen, indem bei privaten Busunternehmen endlich der Anschluss geschafft wird. Aber dass ein und dieselbe Gewerkschaft, weil

sie bei öffentlichen Unternehmen einen Organisationsgrad von über 90 % hat, hier tolle Bedingungen aushandelt und in der privaten Wirtschaft 30 bis 40 % darunter abschließen muss, das kann auf Dauer nicht gut gehen.

Ich glaube, die Gewerkschaft hat beim Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst gelernt, dass nicht nur ein sozialdemokratisch geführter Bund, sondern auch die Kommunen vernünftiger Partner sind als beispielsweise die Tarifgemeinschaft der Länder. Das sollte dann aber auch dazu führen, dass man uns als Gesprächspartner ernst nimmt, wenn es um die Tarifbedingungen in öffentlichen Verkehrsunternehmen geht. Wir wünschen uns, dass sie in öffentlicher Hand bleiben und nicht unter Hinweis auf die Lohnkosten privatisiert werden müssen. Dann muss aber auch das Problem der Lohnschere zwischen öffentlichem und privatem Sektor mit einer überschaubaren Zeitperspektive tatsächlich gelöst werden.

Liebe Genossinnen und Genossen,
nur kurze Worte zu Wasser, Kliniken und Entsorgung.

Beim Wasser ist es ja schon längst so, dass sich privater Hilfe bedienen kann, wer es will. Also haben wir auch hier wieder die ideologiefreie, die pragmatische, die abwägende Position, während die Privatisierungsstrategen, die uns zwingen wollen, Wasserversorgung auszuschreiben, meines Erachtens eine undifferenzierte ideologische Position einnehmen. Da ist sicherlich die Betrachtungsweise in verschiedenen Landesteilen unterschiedlich. Stromabwärts ist die Wasserversorgung nicht so populär wie oben an der Quelle. Das ist ein gewisses Süd-Nord-Gefälle. Und wo gigantische Investitionen zu tätigen sind, ist man froh als Gemeinderat, wenn man einen privaten Partner oder Übernehmer findet. Auch das ist und im Zuge der kommunalen Selbstverwaltung zu lösen.

Aber überall dort, wo die Bevölkerung – und ich übertreibe nicht – mit über 90-prozentiger Mehrheit und das gesamte politische Spektrum von Rot-Grün bis Schwarz-Gelb und auch noch das gesamte öffentliche Spektrum von den Umwelt- und Naturschutzverbänden bis tatsächlich zum Haus- und Grundbesitzerverein komplett für die kommunale Wasserversorgung eintritt, darf es nicht geschehen, dass die öffentliche Ausschreibung von höherer Ebene erzwungen wird. Wir müssen darauf bestehen, dass Kommunen das Recht behalten, öffentliche Wasserversorgung in öffentlicher Hand zu behalten. Dieses gehört zum Kernbereich kommunaler Daseinsvorsorge und Selbstverwaltung.

Ich will gerne nur mit einem Beispiel sagen, warum das der Bevölkerung so wichtig ist, warum wir bei Umfragen über 90 % liegen. Ich bringe jetzt leider Münchner Beispiele, ohne dass ich da eine Vorbildfunktion beanspruchen will, es ist am Fuße der Alpen auch einfacher. Wir haben eine Wasserqualität, die herausragt, natürlich, weil es Quellwasser ist, aber auch, weil mittlerweile seit einem Jahrhundert die Wasserschutzgebiete geschützt und ausgeweitet werden und jetzt schon seit vielen Jahrzehnten großflächig nur ökologischer Landanbau stattfinden darf, den die Stadtwerke subventionieren. Dazu sage ich ganz klar: In privater Hand wäre es keinem noch so einsichtigen und nachdenklichen und ökologisch verantwortungsbewussten Vorstand möglich, seiner Aktionärsversammlung eine entsprechende Vorsorgepolitik, die sich erst ein paar Generationen später tatsächlich messbar auswirkt, schmackhaft zu machen. Da ist die öffentliche Verantwortung eine bessere Organisationsform als Privatwirtschaft mit einem kurzfristigen Renditedenken, das sich jetzt schon im Quartalsbericht legitimieren muss, weil sonst Konsequenzen drohen. Wir sollten hier mal auf die Langfristigkeit öffentlicher Verantwortung auch stolz sein, statt uns nur immer die Langsamkeit vorhalten zu lassen.

Im Bereich der Entsorgung hatten wir ganz aktuell schon den Vorwurf, die Städte seien zu teuer, Private könnten das billiger. Das hat sich beim Gewerbemüll auch tatsächlich bestätigt. Die konnten das billiger. Unser Abfallamt hat dann gesagt, *ja kein Wunder, sie machen einen großen Mülltourismus und deponieren, wo das Deponieren noch erlaubt ist. Oder sie verbrennen einfach in Werken, die Umweltstandards nicht einhalten müssen.* Das ist heftig bestritten worden – *ungeheuerliche Unterstellung!*

Aber ab 1. Juli letzten Jahres war es plötzlich verboten zu deponieren - und was geschah? Bilderbuchartig stellten sich Lkw-Kolonnen beim städtischen Müllwerk an. Die Schlange war Hunderte Meter lang, weil sie den Müll selber nicht mehr gesetzmäßig beiseite und wegschaffen konnten, sondern auf die kommunalen Einrichtungen der Daseinsvorsorge angewiesen waren. Deutlicher kann man nicht aufzeigen, dass die angeblich immer bessere, billigere, schnellere private Erledigung eben manchmal nur die oberflächlichere und schlechtere ist und ohne die Einrichtungen der kommunalen Daseinsvorsorge alles zusammenbrechen würde. Beim Müll, beim Gewerbemüll ist es durch dieses Exempel nachdrücklich bewiesen.

Auch beim Thema Kliniken, wo ich noch am besten verstehe, dass viele sich dem Wettlauf mit staatlichen und privaten Krankenhäusern nicht gewachsen fühlen, auch da bitte ich ein paar Ecken weiter zu denken. Ich habe Beispiele auf Einladung der Klinikbetreiber studiert, wo Private wirklich phantastisch sind. Die machen z.B. nix anderes als Ski- und im Sommer Leichtathletikunfälle. Das geht serienmäßig, hoch spezialisiert, hoch effizient mit einem Geräteapparat, der auf diesen Fall perfekt zugeschnitten ist. Natürlich sind sie schneller, billiger, effizienter. Das gibt es bei anderen Privatkliniken für Herz-Kreislaufstörungen, das gibt es für bestimmte operative Eingriffe. Wir haben eine Klinik, die macht jahrein, jahraus nur Meniskus, wo man zugeben muss, perfekt und besser als die Städte.

Wie viele Rosinen lassen wir aus dem Krankenhausversorgungskuchen rauspicken, ehe wir dann am Schluss für einen vollkommen defizitären, wirtschaftlich nicht überlebensfähigen Restbereich verantwortlich sind, weil natürlich die Multimorbiden alle in öffentliche Krankenhäuser geschickt werden und nicht in spezialisierte profitable Privatkliniken? Das ist ein Problem, das wir rechtzeitig thematisieren sollten, bevor die große Klinikveräußerung anfängt.

Mein letztes Beispiel, weil es ganz aktuell ist, ist die Sparkassenfrage. Da finde ich ja wirklich phantastisch, wie die Diskussion abgelaufen ist. Es ist doch nicht so, dass wild gewordene Sparkassendirektoren plötzlich behauptet hätten, *geht nicht zu privaten Geschäftsbanken, kommt zu uns*, und durch diesen unlauteren Wettbewerb wären die privaten Geschäftsbanken geschwächt worden. Nein, man kann es ja auf Videoaufzeichnungen heute noch sehen, es waren die allerüberbezahltesten Repräsentanten der privaten Bankenwelt, die in die Fernsehkamera hineingesprochen haben, dass sie sich um Otto Normalverbraucher nicht mehr kümmern können, weil sie nur noch Investment-Banking machen.

Dann haben die privaten Geschäftsbanken noch eine Reihe von haarsträubenden Fehlern gemacht, die sie mittlerweile übrigens auch selber zugeben. Sie haben z.B. das Milliardengeschäft der Finanzströme mit Kreditkarten völlig verschlafen und ausländischen Firmen überlassen. Sie haben das Thema der Autofinanzierung vollkommen verschlafen und zuschauen müssen, dass die Automobilhersteller selber entsprechende Finanzierungsinstitute errichten. Sie haben sich, nachdem sie ein paar Mal total daneben gegriffen haben, aus dem Immobilienbereich zurückgezogen. Es gibt Hypothekenbanken, die immer noch so heißen und grundsätzlich keine Hypotheken mehr machen. Und dann haben sie endlich nachgedacht, aber nicht etwa über eigene Versäumnisse in der Geschäftspolitik der letzten Jahre, sondern über die unverschämten Gewinne der Sparkasse, und gesagt: *Ja, diese Konkurrenz ist wirklich unerträglich. Die schwächt uns im Wettbewerb. Wir müssen die Chance bekommen, Sparkassenanteile zu erwerben, uns die Sparkasse als Basis für weltweite Bankenoperationen einzuverleiben.*

Da ist dann schon die Frage angebracht: Wieso kann man eigentlich davon ausgehen, dass die in Zukunft überhaupt keine Fehler mehr machen? Empirisch belegt ist das nicht.

Und man stelle sich einmal vor, eine privat eroberte S-Finanzgruppe würde plötzlich im Wettbewerb genauso das Nachsehen haben, wie es in der Vergangenheit schon so oft im privaten Bankgeschäftsbereich gewesen ist. Dann hätten wir ohne Not die größte Finanzgruppe der Welt als deutschen Standortvorteil verspielt. Das ist die Dimension, um die es geht. Deswegen darf meines Erachtens in der Sparkassenfrage überhaupt nicht gewackelt und gezauert werden!

Es geht ja wahrscheinlich vielen von euch genauso, dass die Sparkasse zu den größten Gewerbesteuerzahlern gehört. Als Petra Roth ihren 60. Geburtstag hatte, habe ich es mal für Frankfurter Verhältnisse studiert. Ich konnte wirklich sagen: Ich begrüße die Vertreter der Frankfurter Bankenwelt, alle deutschen Großinstitute sind anwesend und alle sind nachweislich ihrer eigenen Steuererklärung inzwischen Nonprofit-Organisationen!

Das hat sich zum Glück inzwischen wieder etwas geändert, aber so weit war es schon. Da ist es doch wirklich durch nichts zu begreifen, dass eine funktionierende Finanzgruppe, die überall Gewinn erwirtschaftet und Gewerbesteuer zahlt und die außerdem ein großer Sponsor auf sozialem und kulturellem Gebiet ist und die außerdem Jedermann und Jederfrau wirklich ein Guthabenkonto anbietet, was manche nur von sich behaupten, ohne dass es zutrifft, und die wirklich eine örtliche Verankerung hat, weil der wirtschaftliche Aufschwung vor Ort die eigene Gewinnchance des Kreditinstituts ist, und die nachweislich auf Mittelstandsförderung spezialisiert ist, dass also diese Finanzgruppe infrage gestellt werden kann, um Defizite in der Geschäftspolitik der privaten Geschäftsbanken nachträglich zu heilen oder zu kurieren. Das wäre wirklich eine Politik nach dem Motto: *Macht kaputt, was noch heil ist*. Da müssen wir mit kommunalem Selbstbewusstsein dagegen antreten!

Letzte Bemerkung: Ich möchte nicht den Eindruck erwecken, das wäre hier eine strukturkonservative Rede gewesen nach dem Motto: *Die kommunale Welt ist in Ordnung, belasst alles, wie es ist*. Nein, ich glaube, dass wir gerade, wenn wir die kommunale Daseinsvorsorge als ganz wichtiges Instrument der Standortpolitik und der Wirtschaftsförderung vor Ort und der Sicherstellung einer guten, funktionierenden Infrastruktur in städtischer Hand behalten wollen, sehr reformbereit und modernisierungswillig sein müssen. Da müssen Synergieeffekte erzielt werden. Da muss mit Kleinstaaterei – etwa bei Wasserversorgung und auch im Sparkassenwesen – Schluss gemacht werden. Da müssen Größenordnungen durchgesetzt werden, die im Wirtschaftsleben lebensfähig sind. Und da muss auch ein Kostenniveau erreicht werden, das den Wettbewerb aushält. Insofern meine ich, die kommunale Daseinsvorsorge muss grundlegend und immer wieder aufs Neue modernisiert und effizienter gestaltet werden, aber wir müssen sie verteidigen gegen derzeit hoch im Kurs stehende marktradikale Heilslehren, die sich in der Praxis einfach nicht bewahrheiten, wie man an der Bahn in England und der Wasserversorgung in Frankreich hinreichend deutlich sehen kann.